



Beschluss 5: Gemeinsam gegen Krieg – Für Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine

Wir als KjG Landesarbeitsgemeinschaft Bayern verurteilen den Angriff der russischen Föderation auf die ukrainische Bevölkerung zutiefst und zeigen unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Als Kinder- und Jugendverband haben wir in besonderer Weise die verheerenden Auswirkungen dieses Krieges für Kinder und Jugendliche im Blick. In Artikel 22 und 38 der UN-Kinderrechten ist der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen im Krieg und auf der Flucht verankert.

Durch die Anschläge auf sowohl zivile Ziele wie Theater und Krankenhäuser, als auch durch die wahllosen Angriffe auf die Zivilbevölkerung wie es die Menschenrechtverletzungen und grausame Tötungen durch russische Soldaten in Butscha Anfang April zeigten, bricht Russland massiv sowohl mit dem Völkerrecht als auch mit den UN-Kinderrechtskonventionen. Diese Taten lassen Kinder und Jugendliche zutiefst traumatisiert und entwurzelt zurück. Als verbandliche Jugendarbeit sehen wir uns in der Pflicht, geflüchteten Kindern und Jugendlichen einen Ort zu geben, an dem sie kurz die Strapazen der Flucht und traumatischen Erlebnisse hinter sich lassen können. Daher wollen wir unsere Ortsgruppen und mittleren Ebenen dazu ermutigen, Gruppenstunden und Freizeitaktivitäten bewusst für geflüchtete Kinder zu öffnen und die Angebote niederschwellig zu gestalten. Als Landesebene helfen wir dabei, die bereitgestellten Fördermittel des BjR zu beantragen.

Wir beobachten gleichzeitig mit Sorge, wie gesellschaftliche und politische Willkommenskultur von ethnischer Herkunft abhängig ist. Daher fordern wir eine gerechte Migrationspolitik, die alle Menschen gleichbehandelt.

Von der Bundesregierung fordern wir:

- Schnelle unbürokratische Hilfe für die Geflüchteten (z. B. Deutschkurse, Freizeitangebote etc.um Integration zu Fördern) und humanitäre Hilfe.
- Keine Finanzierung von russischen Kriegsmitteln, durch die konsequente Umsetzung eines Embargos für fossile Energieträger aus Russland sowie die Auswirkungen des Öl- und Gasembargos möglichst sozial verträglich zu gestalten.
- Ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien, um zukünftig sowohl eine unabhängigere als auch eine umweltfreundliche Energieversorgung für Deutschland sicherzustellen

- Den Einsatz dafür, dass auch Männer und männlich gelesene Personen zwischen 18 und 60 Jahren, gleichberechtigt das Recht haben die Ukraine verlassen zu dürfen
- Die Sorge um schnelle und unbürokratische Familienzusammenführungen von geflüchteten Menschen
- Der Einsatz gegen eine zwei-Klassen-Flüchtlingspolitik

Von der Bayerischen Landesregierung und den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene fordern wir:

- Bereitstellung von Dolmetscher*innen für den Schulalltag
- Arbeitserlaubnis für geflüchtete ukrainische Lehrkräfte/pädagogische Fachkräfte an deutschen Schulen, um ukrainisch sprachlichen Unterricht zu ermöglichen. Auch die Elternarbeit kann so enorm unterstützt werden. Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungs- und Bildungsstände der ankommenden Kinder und Jugendlichen bei der Einstufung ins deutsche Schulsystem
- Zur-Verfügung-stellen von unbürokratischen finanziellen und personellen Mitteln, um insbesondere geflüchteten Kindern und Jugendlichen die soziale Inklusion zu erleichtern
- Sofortige vollumfängliche Abschaffung der 10-H-Regel um die Windenergie rasch ausbauen zu können

Solidarität ist für Ukrainer*innen ein wichtiges, starkes und bestärkendes Zeichen. Wir unterstützen das ukrainische Volk, insbesondere auf seinem Weg zur Demokratie und Freiheit, den es seit nun knapp 9 Jahren unter schwierigsten Umständen entschlossen geht und bestärken es auf diesem zukunftsorientierten Weg zu bleiben

Uns als Bevölkerung des globalen Nordwestens muss jedoch immer klar sein, dass unsere Solidarität nicht mit dem Eintreten eines Waffenstillstands oder der Beendigung des Angriffskriegs beendet werden darf. Auch nach dem formellen Ende der kriegerischen Handlungen bleiben die Forderungen an die Politik bestehen.

- Finanzielle, materielle und gegebenenfalls personelle Unterstützung beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und zerstörter Wohngebiete
- Unterstützung der nach Deutschland geflüchteten Personen, sowohl bei einem gewünschten Verbleib in Deutschland als auch bei der Rückkehr in die Ukraine
- Unterstützung beim Wiederaufbau der (verbandlichen) Jugendarbeit vor Ort

Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Fachveranstaltung zum Thema friedensethische Arbeit zu vorbereiten und durchzuführen. Dazu sollen Kooperationspartner*innen angefragt werden. Wenn möglich, soll die Veranstaltung hybrid angeboten werden.